

Gemeinderat - öffentlich - vom 25.06.2013

1) TOP Bürger fragen

Herr Josef Siraky: Er möchte sich zu TOP 2 „Militärgelände Deutsch-Französische Brigade – Einrichtung zusätzlicher standortnaher Übungsräume“ äußern. Die geplanten Übungsräume lägen zu nahe an den Wohngebieten, insbesondere die Übungsräume, die an Aufen grenzen würden. Es müsse sichergestellt werden, dass die Belästigung auf ein Mindestmaß beschränkt werde. Ein Vertrag, der nicht kündbar sei und unendlich gelte, solle nicht geschlossen werden.

Herr Thomas Gantert: Bevor dieser Tagesordnungspunkt in einer Gemeinderatssitzung beraten und beschlossen werde, hätte die Bevölkerung ausführlich über dieses Thema informiert werden müssen. Es sei auch nicht verständlich, dass der Ortschaftsrat Grüningen dieses Thema in nichtöffentlicher Sitzung beraten habe.

Bürgerin aus Aufen: Sie fragt, ob die entstehenden Übungsräume mit dem Naturschutz vereinbar seien.

Herr Roland Volk: Auch er sei enttäuscht darüber, dass er und auch der Rest der Bevölkerung keine Informationen vorab erhalten hätten. Ihn betreffe dieses Thema aufgrund des Bogensportparcours, der im Aufener Wald sei.

Bürger: Kommunikation würde Transparenz schaffen. Transparenz schaffe wiederum Vertrauen und Mitarbeit. Diese Informationspolitik und auch das Verhalten der Verwaltung sei kein Paradebeispiel.

Bürgerin: Die Informationspolitik und die Kommunikation bei diesem Thema gegenüber der Bevölkerung sei ungenügend.

2) TOP 4-080/13 Militärgelände Deutsch-Französische Brigade - Einrichtung zusätzlicher standortnaher Übungsräume

Oberbürgermeister Frei: Er möchte den Kritikpunkt, dass die Kommunikation dieses Tagesordnungspunktes ungenügend gewesen sei, zurückweisen. Es sei noch keine Entscheidung zu diesem Tagesordnungspunkt getroffen worden. Bis vor wenigen Tagen sei noch über die Konzeption des nun vorliegenden Vertragsentwurfes verhandelt und gesprochen worden. Es sei der normale Weg, dass zu allererst der Gemeinderat über ein solches Thema informiert werde und bevor eine Entscheidung getroffen werde, ausführlich darüber diskutiert werde. Es sei ein Thema, das die gesamte Stadt betreffe. Der Gemeinderat werde darüber entscheiden, wie das weitere Vorgehen sein werde.

Mit dem Wegfall des Militärstandortes in Immendingen, werde die Grundlage für einen gemeinsam genutzten Truppenübungsplatz entzogen. Wie durch die Medien allen bekannt sein dürfte, habe die Daimler AG das 480 Hektar große Gelände gekauft, um ein Testzentrum zu errichten. Dies wirke sich negativ für die Stadt Donaueschingen aus, da nun für die Soldatinnen und Soldaten der Deutsch-Französischen Brigade keine standortnahe Übungsmöglichkeit gegeben sei. Seit 2004 sei der Standort Donaueschingen schon zwei Mal gefährdet gewesen. Beide Male habe man aber durch einen enormen Einsatz den Wegfall des Militärstandortes abwenden können.

Die Deutsch-Französische Brigade sei sehr wichtig für die Stadt Donaueschingen. Den Soldatinnen und Soldaten solle das Gefühl vermittelt werden, dass sie „unsere Soldaten“ seien, die in aller Welt Verantwortung übernehmen würden. Sie würden die gesellschaftliche Unterstützung verdienen. Die Deutsch-Französische Brigade sei ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Donaueschingen. Jahr für Jahr würden hohe Millionenbeträge investiert, von denen auch und besonders die regionale Industrie profitiere. Die 1000 französischen und 1000 deutschen Soldatinnen und Soldaten würden mit ihren Familien in Donaueschingen leben und seien eine Bereicherung für die Stadt.

Es gehe nun darum, die für die Deutsch-Französische Brigade notwendige Infrastruktur zu schaffen, um den Bestand mittel- bis langfristig zu sichern. Dabei gelte es, eine Lösung zu finden, die der Truppe und auch den Bürgern gerecht werde. Über die Erweiterung der schon bestehenden Schießanlage im Pfaffental sei bereits entschieden worden. Es sei erfreulich, dass nach intensiven Verhandlungen der Verwaltung mit dem Bundesverteidigungsministerium neben der Erweiterung der Schießanlage, diese nun mit entsprechenden Einrichtungen versehen werde, die die Schallimmissionen auf ein vertragliches Maß reduzieren würden. Die Schießanlage werde für 24 Mio. € erweitert. Es sei sehr erfreulich, dass eine solch hohe Investition in Donaueschingen getätigt werde.

Um der deutsch-französischen Brigade die notwendigen Übungsmöglichkeiten in Donaueschingen zu schaffen, sollen standortnahe Übungsräume geschaffen werden. Diese standortnahen Übungsräume seien nicht vergleichbar mit Truppenübungsplätzen, Standortübungsplätzen und mit militärischen Arealen. Auf standortnahen Übungsräumen sollen die Soldatinnen und Soldaten die Möglichkeit erhalten, die Grundlagen der infanteristischen Ausbildung zu erlernen. Die Fortbewegung mit Fahrzeugen werde auch Thema sein. Diese würden aber nur auf Waldwegen unterwegs sein und es werde sich auch nur um Fahrzeuge mit Rädern, nicht mit Ketten, handeln. Das Waldgebiet würde weder mit Zäunen noch mit Schildern behangen, die auf diese Übungsräume hinweisen würden. Der Wald sei weiterhin von allen Bürgerinnen und Bürgern nutzbar. Eventuell würden kleine Teile der Übungsräume nach Absprache mit der Verwaltung für einen kurzen Zeitraum gesperrt.

Mit diesem Vertragsentwurf wolle die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zusammen mit

der Stadt Donaueschingen die Nutzung der Übungsräume regeln. Die Einrichtung von standortnahen Übungsräumen bedürfe keiner vertraglichen Regelungen. Die Stadt könnte die Schaffung solcher standortnaher Übungsräume nämlich nicht einfach untersagen. Des Weiteren sei mit diesem Vertrag auch ein Nutzungsentgelt vereinbart worden und unter anderem auch die Haftung bei verursachten Schäden.

Herr Oberstleutnant Christoph Kuhlmann: Aufgrund der Schließung des Immendinger Übungsplatzes benötige die Deutsch-Französische Brigade, um ihren Standort in Donaueschingen zu sichern, Übungsmöglichkeiten vor Ort. Immer wieder würden die Strukturen in der Bundeswehr und die verschiedenen Standorte geprüft. Es sei also nun wichtig, den Standort Donaueschingen mit standortnahen Übungsräumen für die Zukunft gut aufzustellen. Mit der Herausgabe des neuen Weißbuches der französischen Regierung sei bekannt geworden, dass das französische Militär um etwa 5.000 Soldatinnen und Soldaten reduziert werden soll. Die Entscheidung darüber, wo die Soldatinnen und Soldaten abgezogen werden, falle in Frankreich. Diese Entscheidung werde nach militärpolitischer, aber auch nach betriebswirtschaftlicher Prüfung getroffen.

Auf den geplanten standortnahen Übungsräumen sollten die Soldatinnen und Soldaten die Grundlagen der infanteristischen Ausbildung erlernen. Dabei gehe es hauptsächlich darum, wie sie sich im Gelände bewegen, wie sie sich orientieren und wie sie im Felde leben würden. Dies sei eine unauffällige und leise Ausbildung. Die Fahrzeuge, die für Übungen eingesetzt würden, seien Fahrzeuge mit Rädern und würden ausschließlich auf befestigten Wegen fahren. Der Feuerkampf, bei welchem mit Platzpatronen geschossen werde, werde auch geübt. Es sei aber nicht so, dass jeden Tag mehrere hundert Soldaten den Wald als Übungsmöglichkeit nutzen würden. In den vergangenen zwölf Monaten seien an 21 Wochen Ausbildungen im Gelände vorgenommen worden. Es seien durchschnittlich 30 bis 50 Soldatinnen und Soldaten drei bis vier Tage in der Woche im Gelände unterwegs gewesen. Eine Nachtübung in der Woche sei vollzogen worden. Kein einziges Mal hätten die Übungen an einem oder über ein Wochenende stattgefunden.

Eine Zerstörung des Waldes durch die Deutsch-Französische Brigade werde nicht stattfinden. Es könne zu vereinzelt Schäden kommen, wenn zum Beispiel ein Baum durch ein Fahrzeug beschädigt werde. Für diese Schäden werde die Deutsch-Französische Brigade aber aufkommen. Auswirkungen auf das Wild werde es seiner Ansicht nach nicht geben. Er sei auf vielen Truppenübungsplätzen unterwegs und dort gebe es zahlreich Wild, das darüber hinaus noch zutraulich sei. Eine Gefährdung des Prädikats Erholungsort schließe er aus.

Herr Dieter Bertsche (Wehrbereichsverwaltung) führt anhand einer Power-Point-Präsentation aus, wie es zum Vertragsentwurf kam, warum dieser notwendig sei und stellt die wesentlichen Inhalte des Vertrages vor. Die Präsentation ist dem Protokoll beigelegt.

Oberbürgermeister Frei: Es seien unterschiedliche Flächen für die standortnahen Übungsräume in Betracht gekommen. Viele seien dann aber wieder ausgeschieden. Die Verwaltung habe Wert darauf gelegt, dass es sich bei den Flächen nur um Waldflächen handle, die in städtischem Besitz seien. Donaueschingen sei komplett als Erholungsort klassifiziert und die Einrichtung von standortnahen Übungsräumen werden an dieser Klassifizierung nichts ändern.

Stadtrat Greiner: Da die Bundeswehr auch ohne die Einwilligung der Stadt in Donaueschingen standortnahe Übungsräume errichten könnte, sei die Schließung eines Vertrages sehr gut. Der Umfang der Feuerkämpfe, bei denen mit Platzpatronen geschossen werde, müsste begrenzt werden. Die Aussage in § 2 Abs. 8, in der es heiße „vom Militärischen Benutzer reserviert“, verstehe er so, dass in dieser reservierten Zeit niemand anderes in den Wald gehen dürfe und dieser gesperrt sei. Aus diesem Grund sollten die Zeiträume, die für militäri-

sche Nutzer reservierte seien, ersatzlos im Vertrag gestrichen werden. Des Weiteren sollte eine ordentliche Kündigung im Vertrag definiert werden. Eine Laufzeit des Vertrages von ca. 15 Jahren mit automatischer Verlängerung z. B. um jeweils 5 Jahre, könnte vereinbart werden.

Stadtrat Karrer: Die SPD-Fraktion stehe zur Deutsch-Französischen Brigade und stimme im Grundsatz den Beschlussvorschlägen der Verwaltung zu. Wichtig sei, dass im Vertrag unter § 7 noch eine Verpflichtung mitaufgenommen werde, die regele, dass sich die deutsch-französische Brigade nach Übungen zum Aufräumen, insbesondere zum Einsammeln von Übungsmunition verpflichte. Die Übungsflächen in Aufen in Richtung Sommerberg und auch in Grüningen Richtung Rebbert sollten etwas verkleinert werden, um die Abstände zu den Wohngebieten zu vergrößern. (Herr Karrer erläutert die Verkleinerungen anhand einer Karte)

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Die Vorgehensweise der Verwaltung bei diesem Tagesordnungspunkt sei intransparent gewesen. Erst heute Abend werde detailliert über die Art der Nutzung informiert.

Es sei nicht so, dass die Bundeswehr einfach standortnahe Übungsräume schaffen dürfe. Sie verweise zudem auf die Regelungen des § 37 BauGB. Die Stadt hätte ein Mitspracherecht. Über die unzulängliche Entscheidung, den Standort Immendingen zu schließen, die in Berlin getroffen worden sei, möchte sie nichts mehr sagen. Sie frage sich, warum eine Nutzung des Übungsplatzes in Stetten am kalten Markt nicht durch die Deutsch-Französische Brigade möglich sei. Alternativen zu den standortnahen Übungsräumen seien nicht dargestellt. Eine Abwägung der öffentlichen und privaten Belange sei auch nicht erfolgt.

Sie sei für den Erhalt der Deutsch-Französischen Brigade in Donaueschingen. Es spreche aber auch einiges gegen die standortnahen Übungsräume. Das Naherholungsgebiet werde sehr stark frequentiert. Im Bereich Tourismus sei sehr viel Geld für das Image als Erholungsort ausgegeben worden. Aus diesem Grund solle auf Feuerkämpfe wegen der Lärmbelastung verzichtet werden. Der Schaffung von standortnahen Übungsplätzen im Bereich Grüningen (Anlage 1) könne mit dem Kompromiss, dass auf Feuerkämpfe vollständig verzichtet werde, zugestimmt werden. Der Schaffung standortnaher Übungsräume auf der Gemarkung Aufen (Anlage 2) werde nicht zugestimmt.

Stadtrat Michael Blaurock: Die Bedeutung der Deutsch-Französischen Brigade sei nicht orts- bzw. standortabhängig. Schon zu Beginn der Deutsch-Französischen Brigade habe es nicht nur Befürworter gegeben. Es habe auch Stimmen gegeben, die für den Standort der Kaserne mitten in der Stadt eine andere Nutzung bevorzugt hätten.

Die Verwaltung und auch die Bundeswehr hätten sich mit der Erstellung der Sitzungsvorlage und dem Vertragsentwurf sehr viel Mühe gemacht, dennoch hätte die Bevölkerung besser und früher über dieses Thema informiert werden müssen. Die politische und auch die wirtschaftliche Eignung/Bedeutung der Garnison habe sich in den letzten Jahren stark verändert. Mit der Schließung des Standortes in Immendingen und des Übungsplatzes habe sich die Situation für Donaueschingen grundlegend verändert. Er sei der Meinung, dass die Stadt Donaueschingen mit der Aufgabe, der Deutsch-Französischen Brigade eine Infrastruktur zu schaffen, die den Bestand mittel- bis langfristig in Donaueschingen sichere, an ihre Grenzen stoße. Schon jetzt sei ein irrsinnig hoher finanzieller Aufwand nötig um die Deutsch-Französische Brigade in Donaueschingen zu halten. In fünf bis ca. sieben Jahren werde die Bundeswehr sicherlich erneut über neue und die alten Strukturen nachdenken. Die Grünen-Fraktion lehne in Abwägung dessen, dass die Stadt Donaueschingen sich zum Erholungsort orientieren möchte, den Verwaltungsvorschlag komplett ab.

Stadtrat Kuttruff: In § 2 Abs. 2 solle geregelt werden, dass der Feuerkampf räumlich (nur in einem definierten Bereich, der weit weg von Wohnbebauung sei) eingegrenzt werde. Die in §

2 Abs. 5 genannte vorübergehende Absperrung solle zeitlich präzisiert werden. Auch er spreche sich wie Herr Stadtrat Greiner dafür aus, dass die Möglichkeit einer ordentlichen Kündigung im Vertrag definiert werde. Er halte eine Vertragslaufzeit von 25 Jahren mit fünfjähriger Kündigungsfrist für möglich. Dies sei ein sehr langer Zeitraum, mit dem die Bundeswehr planen könne.

Stadtrat Käfer: Es sei wichtig, dass den Grüninger und den Aufener Bürgern die Möglichkeit zum Konsens gegeben werde, um gemeinsam eine für alle akzeptable Lösung zu finden.

Stadtrat Dr. Klotzbücher: Die Bedenken und Ängste der Grüninger und Aufener Bürger seien groß und sollen auch ernst genommen und diskutiert werden. Dennoch dürfe die Bedeutung der deutsch-französischen Brigade in Donaueschingen nicht vergessen werde. Das Signal, welches die Bundeswehr aus dieser Sitzung mitnehmen solle, sei, dass die Stadt den Erhalt der deutsch-französischen Brigade in Donaueschingen wolle und sich dafür auch einsetzen und helfen werde.

Stadtrat Hall: Gerne gebe er der Deutsch-Französischen Brigade das Signal, dass sie in Donaueschingen erwünscht und gewünscht sei. Jedoch stoße die Stadt Donaueschingen mit den immer auftretenden neuen Aufgaben an ihre Grenzen. Alle fünf bis sieben Jahre werde über die Schließung von Militärstandorte gesprochen. Es komme also wieder der Zeitpunkt, an dem über die Schließung des Standortes in Donaueschingen gesprochen werde und dann sei zu klären, was von Seiten der Stadt der Deutsch-Französischen Brigade zugesprochen werden könne, um den Standort zu halten. Herr Oberstleutnant Christoph Kuhlmann habe selbst gesagt, dass Donaueschingen nicht der günstigste Standort sei. Die Kaserne in Donaueschingen sei und bleibe eine Stadtkaserne, die sicherlich auch ihre Vorteile habe.

Die Stadt Donaueschingen habe sich industriell, bildungspolitisch und auch touristisch sehr gut entwickelt. Dies sei wichtig, um die Wohn- und Lebensqualität in der Region hoch zu halten. Der „Landflucht“ insbesondere von jungen Menschen in die Stadt müsse entgegengewirkt werden, und dies sei nur möglich, wenn eine Stadt wie Donaueschingen in allen Bereichen attraktiv bleibe.

Er werde deshalb nur der Schaffung von standortnahen Übungsräumen im Bereich Grünigen mit einer Fläche von 40 Hektar zustimmen. Die Flächen in Aufen sollten nicht zu standortnahen Übungsräumen werden.

Stadtrat Kaiser: Es wäre gut, wenn auf den standortnahen Übungsräumen kein Feuerkampf stattfinden würde. In dem militärischen Gelände, welches eingezäunt sei, könnten diese Feuerkämpfe stattfinden.

Stadtrat Roland Erndle: Eine zeitliche Begrenzung der Feuerkämpfe, z. B. diese nur tagsüber oder bis zu einer bestimmten Uhrzeit zuzulassen, wäre sicherlich auch sinnvoll.

Bürgermeister Kaiser: Die Beratung dieses Themas sei kein Überfall auf den Gemeinderat. Es sei üblich, dass zu allererst der Gemeinderat über ein solches Thema informiert werde. Die Verwaltung habe umfangreiche und zeitintensive Verhandlungen zu diesem Thema geführt und sei nun der Auffassung gewesen, dass das Ergebnis dem Gemeinderat zur Beratung und zur Beschlussfassung vorgelegt werden könne. Aus diesem Grund ist dieses Thema nun in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung auf der Tagesordnung. Es sei normal, dass darüber diskutiert werde und Modifikationen gewünscht würden. Dann werde dieses Thema erneut in einer der nächsten Gemeinderatssitzung beraten und eventuell auch beschlossen.

Mitte 2011 habe man erfahren, dass der Militärstandort in Immendingen geschlossen werden solle. Schon im Oktober 2011 sei allen klar gewesen, dass mit diesem Wegfall, insbesondere

dem Wegfall des Truppenübungsplatzes, für die Deutsch-Französische Brigade ein Problem entstehen werde. Nun gelte es, den Soldatinnen und Soldaten der Deutsch-Französischen Brigade standortnahe Übungsräume zu schaffen, damit sie ihre infanteristische Ausbildung standortnah absolvieren könnten.

Oberbürgermeister Frei: Es sei wichtig, dass sich der Gemeinderat darauf verständige, ob die Deutsch-Französische Brigade in Donaueschingen gehalten werden solle oder nicht. Stadtrat Michael Blaurock habe sich für die Deutsch-Französische Brigade ausgesprochen aber nicht mit dem Standort in Donaueschingen.

Die Verwaltung werde nun erneut mit der Wehrbereichsverwaltung das Gespräch suchen und versuchen, die Anregungen und Wünsche, die aus dem Kreise des Gemeinderates vorgebracht worden seien, umzusetzen. Über die Streichung einer Fläche von 140 ha bei der Gemarkung Aufen könne aber sicherlich nicht diskutiert werden. Über die Veränderung von Gebietsgrenzen, wie sie Herr Stadtrat Karrer vorgeschlagen habe, hingegen schon. Auch über eine zeitliche und örtliche Begrenzung der Feuerkämpfe und über die Vertragslaufzeit werde er mit der Wehrbereichsverwaltung sprechen. Er schlage vor, dass die Verwaltung den Tagesordnungspunkt für die Sitzung am 16. Juli 2013 erneut aufbereite.

In dem bestehenden militärischen Gelände auf der Gemarkung Grüningen fänden bereits heute Feuerkämpfe statt und bisher seien noch keine Beschwerden bezüglich Lärmbelästigungen aus der Grüninger Bevölkerung an ihn herangetragen worden.

Herr Dieter Bertsche (Wehrbereichsverwaltung) Es sei möglich, die Gebietsgrenzen, wie von Herrn Stadtrat Karrer vorgeschlagen, zu ändern. Wichtig für die Soldatinnen und Soldaten seien Orientierungspunkte. Auch dem Wunsch, in § 2 Abs. 8 die Zeiträume, die für militärische Nutzer reserviert seien zu streichen, könne seiner Meinung nach nachgekommen werden. Gegen die vorgeschlagene Ergänzung in § 7, dass eine Verpflichtung eingefügt werden solle, die die Deutsch-Französische Brigade nach Übungen zum aufräumen, insbesondere von Übungsmunition verpflichte, spreche nichts.

Die Deutsch-Französische Brigade beabsichtige nicht, die Übungsräume für mehrere Tage abzusperren. Es würden lediglich kurzzeitige Absperrungen erfolgen. Dies könne sicherlich auch im Vertrag klargestellt werden. Bezüglich des Wunsches, eine ordentliche Kündigung im Vertrag zu definieren und eine Laufzeit des Vertrages festzulegen, müsse er nochmals mit seinen Vorgesetzten sprechen. Ein guter Einwand sei sicherlich, dass der Gemeinderat nicht über die kommende Generation hinweg Entscheidungen treffen wolle.

Herr Oberstleutnant Christoph Kuhlmann: Die parallele Nutzung der Übungsräume sei kein Problem. Jogger, Walker und Radfahrer würden die Soldatinnen und Soldaten bei ihren Übungen nicht stören. Mit den Jägern der Waldreviere müssten Absprachen getroffen werden, um Unfälle zu vermeiden. Die Feuerkämpfe nur auf das schon bestehende militärische Gelände zu begrenzen sei nicht möglich, da diese Feuerkämpfe mit verschiedenen Übungsformen verbunden werden müssten. Bei den Feuerkämpfen würde in der Regel nur 30 – 60 Sekunden lang am Stück geschossen, dann löse sich die Situation wieder auf. Eine zahlenmäßige Begrenzung der Feuerkämpfe sei nicht in seinem Sinne und auch schwierig zu kontrollieren. Dass sich Waldnutzer aufgrund der Soldatinnen und Soldaten im Wald erschrecken würden, könne er nicht ausschließen und dies lasse sich auch nicht vermeiden. Das Einsammeln der Übungsmunition werde derzeit schon praktiziert. Es könne jedoch immer wieder einmal passieren, dass die ein oder anderen Munitionsteile übersehen würden. Diese seien aber zu 99 % verschossen. Absperrungen der standortnahen Übungsräume seien nicht üblich. Unter Umständen würden ein paar Bereiche für bestimmte Zeiten und nur für bestimmte Übungen gesperrt. Solche Sperrungen würden aber nicht Jahre, Monate oder Wochen andauern.

Bürgermeister Kaiser: Der Ortschaftsrat Grüningen habe sich in einer nichtöffentlichen Sitzung im Vorfeld mit der Thematik auseinandergesetzt. Der Ortschaftsrat Grüningen habe sich für den Vertragsentwurf ausgesprochen und die Bitte formuliert, gerne einmal vorgeführt zu bekommen, wie die Soldatinnen und Soldaten in den gewünschten Flächen üben würden.

Oberbürgermeister Frei: Ein solcher Ortstermin werde für den Gemeinderat, den Ortschaftsrat und auch für die interessierte Bevölkerung angeboten.

Beschluss:

1. Die notwendigen Entwicklungen am Standort Donaueschingen, erforderlich durch die Schließung des Militärstandortes Immenzingen, werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, auf der Basis des Vertragsentwurfes bezüglich der aus der Mitte des Gemeinderates aufgeworfenen Anregungen und Bedenken, mit den Beteiligten erneut in Verhandlungen zu treten und am 16. Juli 2013 erneut diesen Vertrag dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

(29 Ja, 1 Nein, 4 Enthaltungen)

3) TOP 4-083/13 Neugestaltung Bereich Stadtkirche / Residenz - 4. Sachstandsbericht

Herr Stadtrat Marcus Greiner ist befangen. Er verlässt den Sitzungstisch und nimmt im Zuhörerbereich Platz. Er nimmt weder beratend noch entscheidend an den Verhandlungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Herr Meiser (Iohrberg Stadtlandschaftsarchitektur) gibt mit Hilfe eines Power Point Vortrages einen Sachstandsbericht zum 1. Bauabschnitt ab und stellt die Entwürfe des 2. und 3. Bauabschnittes vor. Die Power Point Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Oberbürgermeister Frei: Der Gemeinderat müsste heute noch eine Entscheidung über Nachträge in Höhe von 107.065,97 € treffen. Die Nachträge seien bereits alle geprüft worden. Diese Baustelle sei sehr herausfordernd, da sie stets Überraschungen zu Tage fördern könne. Auch die Verkehrsbelastungen seien enorm. Ziel sei es, die Schützenbrücke für Fußgänger ab Juli wieder zu öffnen. Auch der Autoverkehr über die Poststraße und Schützenbrücke in die Josefstraße solle ab Ende August wieder möglich sein.

Herr Bunse: In der Anlage 2 seien die Nachträge aufgeführt, die an die Firma Rieger bei deren Beauftragung bezahlt werden müssten. Trotz umfangreicher Voruntersuchungen seien diese Nachträge in Höhe von insgesamt 107.065,97 € entstanden. Es handle sich um die Nachträge Nr. 2, Nr. 4, Nr. 6 bis Nr. 10.

Stadtrat Hall: Das beschlossene Beleuchtungskonzept mit den eingeplanten Baumbelichtungen solle umgesetzt werden.

Herr Bunse: Er habe dem Vorschlag von Herrn Meiser, aus Kostengründen auf die Baumbelichtung und die Sitzgruppenunterbeleuchtung zu verzichten, zugestimmt.

Oberbürgermeister Frei: Die Kosten für die Baumbelichtung und die Sitzgruppenunterbeleuchtung sollen ermittelt werden. Diese sollen dann dem Gemeinderat vorgelegt werden. Dieser entscheide dann, ob diese Beleuchtung beibehalten werden solle oder nicht.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Die Pläne sollen dem Gemeinderat so vorgelegt werden, wie sie beschlossen worden seien. Der Wegfall von Beleuchtungselementen müsste mit dem Gemeinderat besprochen werden.

Oberbürgermeister Frei: Die Verwaltung spreche sich beim Eingangsbereich vor dem neuen barrierefreien Nordeingang zur Stadtbibliothek für die Treppenvariante aus. Diese Maßnahme solle vom 3. Bauabschnitt in den 2. Bauabschnitt vorgezogen werden.

(Auf Frage von Stadtrat Fischer) Es sei geplant, dass der Verkehr in die Karlstraße hinein im Winter auf einer Baustellenfahrbahn möglich sei.

Herr Meiser: (Auf Frage von Stadträtin Rösch) Handwerkerferien werde es keine geben.

Stadtrat Hall: Auch er spreche sich beim Eingangsbereich vor dem neuen barrierefreien Nordeingang zur Stadtbibliothek für die Treppenvariante aus. Wichtig sei für den 2. Bauabschnitt auch die Erarbeitung und Optimierung eines Beleuchtungskonzeptes.

Herr Meiser: (Auf Frage von Stadtrat Kaiser) Die Mehrkosten für die aufwendigere Gestaltung der Freianlagen Donauquelle (Stützwand Berme und Erdmassen, wegen längerer Treppe auch größere befestigte Flächen) in Höhe von 10.000 € seien realistisch.

Herr Schmid (Freier Architekt) berichtet mit Hilfe einer Power Point Präsentation über den aktuellen Sachstand bei der Sanierung der Donauquelle / Neubau Treppen- und Aufzugsanlage. Er geht außerdem auf die Terminplanung für 2013, 2014 und 2015 ein und gibt eine kurze Zusammenfassung der Gutachten Dr. Schmidt-Witte und Prof. Feix. Die Power Point Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Beschluss:

1. Den Entwürfen für den 2. und 3. Bauabschnitt der Freianlagen und Verkehrsflächen im Bereich Stadtkirche/Residenz einschließlich der zugehörigen Kostenberechnung wird zugestimmt.
2. Dem Entwurf für das Erschließungsbauwerk Donauquelle (Treppe/Aufzug) und der zugehörigen Kostenberechnung wird zugestimmt.
3. Der Sachstandsbericht und die Informationen zur Sanierung des historischen Bauwerks Donauquelle werden zur Kenntnis genommen.
4. Die Firma Rieger wird beauftragt, die Nachträge Nr. 2, Nr. 4, Nr. 6 bis Nr. 10 zum Gesamtkostenansatz von 107.065,97 € auszuführen.

(einstimmig)

4) TOP 4-060/13 Fürstenberg-Gymnasium / Sanierung - Vergabe Möblierung Fachsäle

Oberbürgermeister Frei: Es sei sehr erfreulich, dass fast alle Submissionsergebnisse positiver als geplant ausgefallen seien. Erfreulich sei auch, dass alle Arbeiten an Firmen aus Donaueschingen und der Region vergeben werden können.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

5) TOP 4-088/13 Fürstenberg-Gymnasium / Sanierung - Vergabe Trockenbau 2. BA

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

6) TOP 4-089/13 Fürstenberg-Gymnasium / Sanierung - Vergabe Podestkonstruktionen in Fachsälen und Bibliothek

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

**7.1) TOP 4-106/13 Fürstenberg-Gymnasium / Sanierung - Vergabe Bodenbelags-
arbeiten 2. BA**

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

8) TOP 4-091/13 Fürstenberg-Gymnasium / Sanierung - Vergabe Rohbau- und Abbrucharbeiten im Bestand (2. BA)

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

**9) TOP 4-092/13 Fürstenberg-Gymnasium / Sanierung - Vergabe Elektroinstallati-
on 2. + 3 BA**

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

10.1) TOP 4-107/13 Fürstenberg-Gymnasium / Sanierung - Vergabe Fassadenarbeiten

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

**11.1) TOP 4-108/13 Fürstenberg-Gymnasium / Sanierung - Vergabe Malerarbeiten
2. BA**

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

12) TOP 4-084/13 Rathaus mit Schule Aasen / Energetische Sanierung - Vergabe Fensterbauarbeiten

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

13) TOP 4-086/13 Rathaus mit Schule Aasen / Energetische Sanierung - Vergabe Dachdeckerarbeiten

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

**14) TOP 4-085/13 Rathaus mit Schule Aasen / Energetische Sanierung - Vergabe
Zimmerarbeiten**

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

15) TOP 4-087/13 Neubau Kreisverkehr Lehen-, Friedhof-, Schul- und Dürzheimer Straße - überplanmäßige Ausgabe

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

**16) TOP 1-047/13 Amt 1 Zentrale Steuerung und Finanzen/Wiederbesetzung Stelle
Sachbearbeiter im Sachgebiet 15 Kämmerei**

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

**16.1) TOP 1-052/13 Amt 4 Stadtbauamt Sachgebiet 42 - Wiederbesetzung Stelle
Sachgebietsleiter Hochbau**

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

17) TOP 1-045/13 50-jähriges Jubiläum Donaueschingen-Saverne

Stadtrat Konrad Hall: Als Zeichen der Verbundenheit der beiden Städte solle nicht wie vorgeschlagen ein Baum gepflanzt, sondern ein Kunstwerk aufgestellt werden. Über die Art und die Kosten müsse noch gesprochen werden.

Oberbürgermeister Frei: In den Mitteln in Höhe von 55.000 € seien die Kosten für ein Kunstwerk noch nicht berücksichtigt.

Beschluss:

1. Das Programm für das 50-jährige Jubiläum der Städtepartnerschaft zwischen Saverne und Donaueschingen wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Bereitstellung der Mittel in Höhe von 55.000 € im Haushaltsplan 2014 wird vorbehaltlich der Haushaltsplanberatung zugestimmt.
3. Der Anregung von Herrn Stadtrat Hall, auf das Pflanzen eines Baumes zu verzichten und statt dessen ein Kunstwerk aufzustellen, wird zugestimmt. Die Kosten für dieses Kunstwerk müssen zusätzlich zu den 55.000 € finanziert werden.

(einstimmig)

18) TOP 3-009/13 Donauhallenparkplatz - Einführung Parkscheibenregelung

Oberbürgermeister Frei führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Stadtrat Hall: Der Parkplatz der Donauhallen würde komplett leer stehen, wenn keine Veranstaltungen stattfänden. Dies wäre sicherlich keine gute Lösung. Er könne sich vorstellen, dass lediglich zwei Parkplatzreihen als „Blaue Zone“ eingerichtet würden.

Bürgermeister Kaiser: Es sei sehr schwer umsetzbar, nur einen Teil des Donauhallenparkplatzes als „Blaue Zone“ auszuweisen. Es gehe darum, die „Blaue Zone“ über den Donauhallenparkplatz zu erweitern.

Oberbürgermeister Frei: Es müsse auch eine ästhetisch gute Lösung gefunden werden. Diese sehe er bei einer teilweisen Umsetzung der „Blauen Zone“ auf dem Donauhallenparkplatz nicht.

Stadträtin Wesle: Es gebe in der Donaueschinger Innenstadt viele Einpendler. Die Arbeitgeber könnten keine Parkplätze aufweisen. Deshalb sei es sehr wichtig, solche Parkräume für Dauerparker zu erhalten. Auch sie könne sich vorstellen, nur einen Teil des Parkplatzes in die „Blaue Zone“ umzuwandeln.

Oberbürgermeister Frei: Die Verwaltung ziehe diesen Tagesordnungspunkt zurück und werde ihn in einer der nächsten Sitzung des Technischen Ausschusses erneut beraten.

19) TOP 3-010/13 Friedrich-Ebert-Straße - Fußgängerverkehr

Oberbürgermeister Frei führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Stadtrat Dr. Klotzbücher: Die FDP/FW-Fraktion habe die Verwaltung darum gebeten, zu überprüfen, ob die jetzige Querung in der Friedrich-Ebert-Straße ausreichend und sicher sei. Er bedanke sich für die Durchführung dieser Prüfung. Aufgrund der Ergebnisse sehe er momentan noch keinen Handlungsbedarf.

Stadtrat Karrer: Er sei schockiert über die Höchstgeschwindigkeiten, die auf der Friedrich-Ebert-Straße gemessen worden seien. Die Aufstellung eines mobilen Geschwindigkeitsanzeigers halte er für sinnvoll. Er werde im Rahmen der Haushaltsplanberatungen beantragen, Mittel für ein solches Gerät in den Haushaltsplan 2014 einzustellen.

Oberbürgermeister Frei: Die Kosten für ein solches Geräte würden von der Verwaltung ermittelt. Den Antrag solle Herr Karrer im Rahmen der Haushaltsplanberatungen erneut stellen.

Stadtrat Wild: Die Ampel dürfe unter keinen Umständen verlegt werden, da sich dort ein Hotel befinde und der Friedhof auf der anderen Seite sei. Die Querungshilfe im Bereich des Juniperusweges funktioniere. Er sehe und spüre eine große Akzeptanz.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(33 Ja, 1 Enthaltung)

20) TOP 3-011/13 Jugendschutz - Untersagung Ausschank branntweinhaltiger Getränke

Oberbürgermeister Frei führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein. Mit diesen Auflagen im Rahmen der Erteilung einer Gestattung nach § 12 Gaststättengesetz werde die Verwaltung das Problem des exzessiven Alkoholkonsums bei Jugendlichen nicht lösen, jedoch werde ein Schritt in die richtige Richtung unternommen.

Stadtrat Rögele: Bei den Auflagen solle auf die Nennung von Beispielen verzichtet werden.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(31 Ja, 3 Enthaltungen)

21) TOP 6-010/13 Schulentwicklung - Bildung eines "Arbeitskreises Schule"

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt. Er wird in der Gemeinderatssitzung am 16. Juli 2013 zur Beratung und Beschlussfassung aufgerufen werden.

**22) TOP 6-011/13 Kindergärten - Antrag der konfessionellen Kindergartenträger
auf Erhöhung der städtischen Betriebskostenbeteiligung**

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 3 der Verwaltung wird
zugestimmt.

(einstimmig)

23) TOP 4-095/13 Hindenburgring / Ampelregelung

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt. Er wird in der Gemeinderatssitzung am 16. Juli 2013 zur Beratung und Beschlussfassung aufgerufen werden.

24) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Beleuchtungskonzept Rathausplatz

Oberbürgermeister Frei: (Auf Anregung von Stadtrat Karrer) Erst im kommenden Jahr solle sich der Gemeinderat Gedanken über ein Beleuchtungskonzept des Rathausplatzes machen.